

# Dresdener Volkszeitung

Verlagsanstalt: Dresden  
Sachsen & Comp., Pz. 1258

Organ für das **werktätige Volk**

Verlagsort: Schön. Hauptstadt, Dresden.  
Herausgeber: Dr. H. W. Tiedemann  
Verleger: H. W. Tiedemann  
Vertrieb: H. W. Tiedemann

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Der Inhalt von Erklärungen, Bescheiden, etc., ist durch einen entsprechenden Vermerk des Verlegers der Dresdener Volkszeitung gegen Einspruch auf Rückgängigkeit des Druckes über die Veröffentlichung der Zeitung

Die Redaktion der Dresdener Volkszeitung ist in Dresden, Neumarkt 12, im 2. Stockwerk, zu finden. Telefon: 1111. Die Redaktion ist von 9 bis 12 Uhr abends geöffnet.

Schriftleitung: Dresdener Volkszeitung, Neumarkt 12, im 2. Stockwerk, Dresden. Telefon: 1111. Die Schriftleitung ist von 9 bis 12 Uhr abends geöffnet.

Abonnementpreise: Ein Jahresabonnement für den Abonnenten zu Hause 2,50 RM, für auswärtige Abonnenten 3,00 RM. Ein halbjähriges Abonnement für den Abonnenten zu Hause 1,50 RM, für auswärtige Abonnenten 1,80 RM. Die Preise sind in Reichsmark angegeben.

Dresden, Freitag, den 9. Januar 1931 42. Jahrgang

## Die untätige Reichsregierung

### Steigende Arbeitslosenflut

#### 1/2 Millionen Arbeitsuchende

Im letzten Berichtsjahr der Reichsanstalt über die Arbeitslosigkeit für das Jahr 1930 treten wesentliche Merkmale nicht in Erscheinung. Weithin wie in der Hälfte des Monats Dezember haben die bekannten, ständig in der Jahreszeit liegenden Gründe zu einem Anwachsen der Arbeitslosigkeit geführt; dabei hat die Beschäftigung, mit der sich diese Entwicklung vollzieht, im Vergleich zum Vorjahr weiterhin merklich nachgelassen. Vom 1. bis zum 31. Dezember hat, wie die Reichsanstalt mitteilt, die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung um rund 210 000 auf rund 2 155 000, in der Statistik für die Arbeitslosenversicherung um rund 64 000 auf 667 000 zugenommen. Es ist bemerkenswert, daß in der entsprechenden Zeit des Vorjahres der Zugang an Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung sich auf 340 000, die Zahl der Arbeitslosen in dieser Einrichtung ist von 588 000 Ende November auf rund 381 000 Ende Dezember zurückgegangen.

Zunahmetempo hat sich im Dezember 1930 gegenüber dem Vorjahr erheblich verlangsamt. Die Steinkohlenindustrie hat im Dezember mit dem Abbau ihrer Vorräte begonnen und die Zahl der arbeitstäglichen Bewerbsstellen etwas einschränken können; der Beschäftigung des Abbaues, die ausschließlich auf Vorräten im bestellten Gebiet zurückzuführen ist, entspricht vorläufig nur eine sehr geringe Erhöhung der Förderung und noch keine Besserung am bergbaulichen Arbeitsmarkt. Die Braunkohlenindustrie sowie der Erzbergbau haben einen weiteren Abbau der Vorräte zu verzeichnen. Von den Konsumgüterindustrien haben nur einzelne Zweige des Bekleidungsgebietes und des Nahrungs- und Genussmittelgewerbes bezüglich einer gewissen Belebung erfahren. Dagegen werden aus fast allen Zweigen der Metallverarbeitung, der Spinnstoffindustrie, der Holz- und Schnitstoffverarbeitung, der Papier- und der Lederindustrie weitere Entlassungen, Stilllegungen und Übertragungen zu kurzzeitig gemeldet. Die Landwirtschaft ist jetzt die Entlassung zum Teil langjährig beschäftigter Kräfte fort; in den Forsten scheint der diesjährige Einschlag vielfach schon dem Ende zuzugewandt. Die Fuderkampagne ist fast überall beendet. Im Verkehrsgewerbe hat die günstigere Entwicklung in den Hafen des Bezirks Nordmark angehalten, und auch die Binnenverkehrsfahrt in den Rheinbezirk hatte Bedarf an Arbeitskräften. Dagegen schritt die Reichsbahn zu weiteren Entlassungen von Beiarbeitern.

### Wie ist zu helfen?

Dietrich und die Eisenherren

Herr Dietrich scheint sich mit seiner Methode einigermassen in die Welt rein zu haben. Auch in der bürgerlichen Presse wird ihm vielfach bezeugt, daß er nicht auf dem Boden der Tatsachen zu stehen vermag, ohne zu sagen, was er nun eigentlich will. Das geschieht z. B. auch in einem Artikel des leitenden Handelsredakteurs des Herrn Dietrich nachstehenden Berliner Tageblattes, Dr. Dietrich Vinner. Herr Vinner teilt die von uns gleich nach dem Bekanntwerden der Dietrichschen Rede aufgestellte Vermutung, daß offenbar beabsichtigt sei, den Eisenherren aus öffentlichen Mitteln Zuschüsse zu geben, damit sie ohne wesentliche Opfer die überhöhten Eisenpreise senken können. Er verweist darauf, daß es der Regierung trotz eintägigen Aushaltens bisher noch nicht gelungen sei, die Eisenindustrie zu einer vollwirtschaftlich unbedeutend notwendigen, durchgreifenden Herabsetzung ihrer Preise zu veranlassen. Prominente Führer der deutschen Industrie, so behauptet Vinner, seien schon für den Dietrichschen Plan gewonnen, durch Zuschüsse den Weg zu der notwendigen Senkung der Eisenpreise zu ebnen. Daß die Unternehmer der Eisenindustrie für derartige Zuschüsse sehr gern zu haben wären, läßt sich denken. Es könnte ihnen nichts Besseres passieren, als wenn ihnen Vater Staat mit seinem guten Geld über die Schwierigkeiten hinweghülfe, die ihnen jetzt infolge ihres planlosen Produktionswandels in den letzten Jahren entstanden sind. Unsere Unternehmer fordern besonnen immer wieder, daß der Staat sich möglichst wenig in ihre Angelegenheiten einmische. „Die Wirtschaft braucht Freiheit“, so heißt es, aber sie sind sehr gern bereit, ihre Hand hinhaltend, wenn es gilt, Geiseln von dem sonst so arg verlästerten Staat entgegenzunehmen.

## Eine geplatzte Agitationsblase

Die Nazis und die hohen Pensionen

Die wichtigste Ursache hierfür liegt wohl in der Tatsache, daß von den 107 Abgeordneten der Nazis nicht weniger als 34 Pensionsempfänger sind oder gewesen sind. Jeder dritte Abgeordnete der Nazis ist also ein Pensionär. Die Pensionen sind vielfach sehr hoch, bis zu 10 000 RM. Die Nazis haben sich in der Vergangenheit sehr erfolgreich für die Erhaltung der hohen Pensionen eingesetzt. Sie haben die Pensionen als ein Merkmal der „Republik“ dargestellt, die sie zu errichten versprochen. Sie haben die Pensionen als ein Merkmal der „Republik“ dargestellt, die sie zu errichten versprochen. Sie haben die Pensionen als ein Merkmal der „Republik“ dargestellt, die sie zu errichten versprochen.

Beamten eifrig verteidigte. Die Nationalsozialisten würden deshalb gar nicht daran denken, diesem Gesetzentwurf ihre Zustimmung zu geben. Diese offene Rede des Herrn Sprenger wurde nicht nur von einem Teil der nationalsozialistischen Reichstagsfraktion mit eifrigem Schweigen aufgenommen, sie hat auch bei den gutgläubigen nationalsozialistischen Anhängern größtes Entsetzen hervorgerufen. Das geht besonders deutlich aus einem Brief hervor, den der nationalsozialistische Führer Stöhr kürzlich veröffentlichte. In diesem offenen Brief, der die Antwort auf zahlreiche Protestschreiben nationalsozialistischer Anhänger wegen der eindeutigen Rede von Sprenger darstellt, sucht Stöhr seinen Vg. Sprenger in Schutz zu nehmen und die Haltung der Nazis zu verteidigen. Was er das tut, das ist so charakteristisch für die innere Verlogenheit der Nationalsozialistischen Partei, daß es sich verdient, seine Antwort kurz zu besprechen.

### Brüning-Regierung und Arbeitsstreckung

In Anbetracht der Tatsache, daß wir alljährlich eine Arbeitslosenziffer von 4 1/2 Millionen erreicht haben, ist es allerdings sehr notwendig, daß die Regierung sich sehr eifrig dem Kampf darüber vertritt, wie dieser Elendsstand zu beenden sei. Nur ist den Arbeitslosen mit allerlei unklaren Redereien und unausgeführten Projekten, Marfe Dietrich, nur sehr wenig geholfen. Die Regierung würde viel besser tun, wenn sie sich einmal ernsthaft mit der Frage beschäftigen würde, ob nicht doch durch eine Verkürzung der Arbeits-

Dingen ist aber interessant, daß die Nazis nun auch nach dem Eingeständnis von Stöhr nicht mehr die Absicht haben, die hohen und höchsten Pensionen zu ernähren, sie wollen auch den Mißstand bestehen lassen, daß jemand aus öffentlichen Mitteln Pension bezieht, obwohl er ein riesenhaftes Vermögen oder Einkommen hat. Der frühere Reichskanzler Cuno z. B. soll also im Besitz seiner Pension von rund 20 000 RM. bleiben, obwohl er von der Regierung ein Gehalt von rund einer halben Million Mark bezieht. So sieht Sparsamkeit und Gerechtigkeit bei den Nazis aus!

Auch aus dem Verlogenheitschreiben des Herrn Stöhr erfahren die Nazis nicht, wie denn nun den doch offensichtlich bestehenden Mißständen in den Pensionsverhältnissen abgeholfen werden soll, weil sie vorläufig gar nicht daran denken, an den hohen Pensionen ernsthaft etwas zu ändern.

### Frick preßt die Fürsorgeunterstützten!

M. Weimar, 9. Januar. (Eigener Funf.) Der Reichsrat des Reiches Sonnberger in Thüringen hatte mit Wirkung vom 1. Juni 1930 die Fürsorgegelder um 25 Prozent erhöht. Diese Erhöhung betrug bis dahin für Männer und Frauen mit einem Kind unter 15 Jahren wöchentlich 9 RM. Die Unterhaltungsgebühren wurden auf 12 RM. erhöht. Diese Erhöhung wurden erst am Ende Dezember 1930. Das Thüringische Innenministerium mit dem Nationalsozialisten Frick an der Spitze, das die Erhöhung genehmigen sollte, hat die Erhöhung verweigert und angeordnet, daß die vorgenommene Erhöhung mit Wirkung vom 1. Januar 1931 wieder rückgängig gemacht werden soll und die alten Sätze wieder gezahlt werden. Hier zeigt sich der wahre Sozialismus der Nationalsozialisten.

Die wichtigste Ursache hierfür liegt wohl in der Tatsache, daß von den 107 Abgeordneten der Nazis nicht weniger als 34 Pensionsempfänger sind oder gewesen sind. Jeder dritte Abgeordnete der Nazis ist also ein Pensionär. Die Pensionen sind vielfach sehr hoch, bis zu 10 000 RM. Die Nazis haben sich in der Vergangenheit sehr erfolgreich für die Erhaltung der hohen Pensionen eingesetzt. Sie haben die Pensionen als ein Merkmal der „Republik“ dargestellt, die sie zu errichten versprochen. Sie haben die Pensionen als ein Merkmal der „Republik“ dargestellt, die sie zu errichten versprochen. Sie haben die Pensionen als ein Merkmal der „Republik“ dargestellt, die sie zu errichten versprochen.

Es kommt nicht auf die Reden an, sondern auf die Taten. Er will damit aber nicht sagen, daß die Nazis entgegen der Rede von Sprenger doch für die Herabsetzung der hohen Pensionen eintreten würden, sondern er will damit rechtfertigen, daß die Nazis bewußt anders reden, als sie handeln. Reden der Nazis dienen nur dem einen Zweck, das Volk gegen die Republik, gegen die Sozialdemokraten aufzuklären. Es kommt in keiner Weise darauf an, daß ihr Inhalt mit der Wahrheit in Einklang steht. Stöhr meint, die Nazis hätten „nicht die mindeste Veranlassung“, diesem Vorschlag gegenüber eine andere als eine „scharf ablehnende Stellung“ einzunehmen. Man will also die Mißstände im Pensionswesen aufrechterhalten, trotzdem man tausendfach das Gegenteil heilig versprochen.

Die wichtigste Ursache hierfür liegt wohl in der Tatsache, daß von den 107 Abgeordneten der Nazis nicht weniger als 34 Pensionsempfänger sind oder gewesen sind. Jeder dritte Abgeordnete der Nazis ist also ein Pensionär. Die Pensionen sind vielfach sehr hoch, bis zu 10 000 RM. Die Nazis haben sich in der Vergangenheit sehr erfolgreich für die Erhaltung der hohen Pensionen eingesetzt. Sie haben die Pensionen als ein Merkmal der „Republik“ dargestellt, die sie zu errichten versprochen. Sie haben die Pensionen als ein Merkmal der „Republik“ dargestellt, die sie zu errichten versprochen. Sie haben die Pensionen als ein Merkmal der „Republik“ dargestellt, die sie zu errichten versprochen.

Diese bittere Wille sucht Stöhr allerdings den Nazis etwas zu verschleiern. Er verspricht ihnen, daß man bei einer Schicht von Beamten eine Ausnahme machen werde, und zwar bei den „Partei-Beamten“. Ihnen werde auch nicht ein einziger Pfennig Pension gezahlt werden. Aber Herr Stöhr weiß, daß er dieses Versprechen nicht halten kann. Wenn die Pensionsbestimmungen nicht allgemein geändert werden, können sie auch nicht für einzelne Personen geändert oder beseitigt werden. Den in Thüringen und Braunschweig aus politischen Gründen entlassenen Beamten wird auch von Frick und Franzen die Pension nach den geltenden Bestimmungen gezahlt. Vor allen

Vertical text on the left margin: Versicherungs, Kapitan, Schneide, etc.